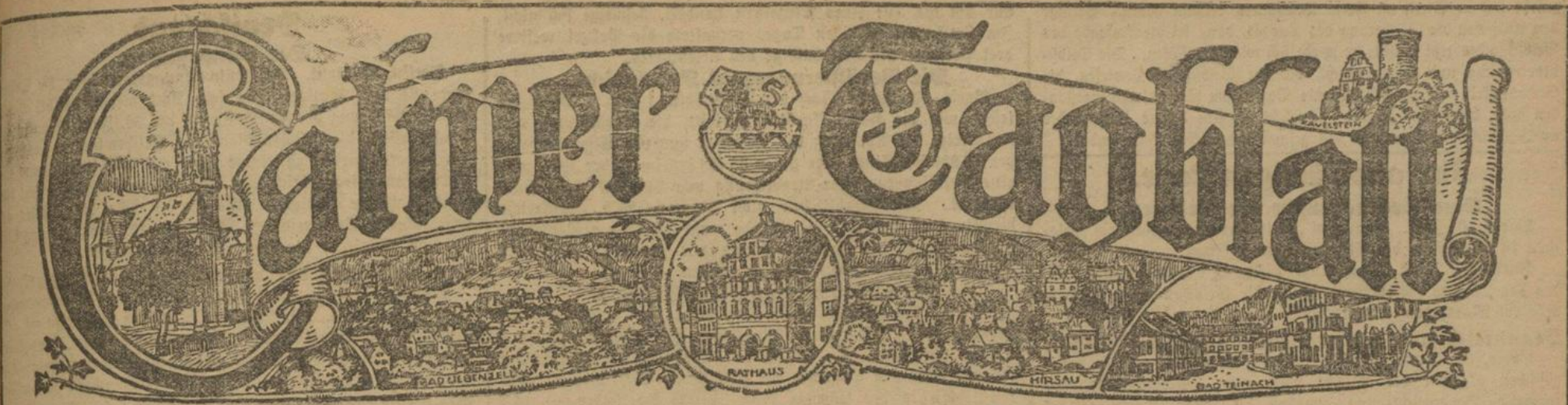


Militär-  
alw.  
Sull, stattfindenden  
ergang  
ehengstelt,  
n mit Ihren werben  
eingeladen.  
om Markttag.  
ub.  
e, Calw.  
epiot  
g Mk. 32.—  
1921, abends  
iger Witterung)  
ert  
lagen  
der  
weißenstein.  
k, Kinder unter 14  
karten je die Hälfte.  
ngenbrand.  
den 2. Juli 1921,  
stattfindenden  
Braung  
sheimt höflichst ein.  
nfr., Unterhaugstelt.  
ner,  
auer, Langenbrand.  
e Anfang Juli zur  
a Mark  
chere Teil-  
ungen der  
Stuttgart  
von 99%  
en  
hußbank  
er frische  
ur Herstellung der unüber-  
rgh's Spezialmargarin  
ello"  
schäften erhältlich.  
e, Calw.  
amast



Nr. 150. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.  
Veröffentlichung: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pf. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.  
Freitag, 1. Juli 1921.  
Bezugpreis: In der Stadt mit Frägerlohn Mf. 12.90 vierteljährlich. Postbezugspreis Mf. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Die deutsche Regierung und der Reichstag gegen die Fortdauer der „Sanktionen“ im Rheinland.

**Eine Interpellation der Deutschen Volkspartei.**  
Berlin, 30. Juni. Der Reichstag überwiegt heute zunächst den Entwurf über die Neuregelung der im Handelsbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen dem Sozialen Ausschuss und genehmigte ohne weitere Debatte den Bericht des 30. er Ausschusses für Bildungswesen über die Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten. Der Ausschuss beantragte außerdem eine Resolution auf dauernde Erhaltung dieser Anstalten unter Reichsverwaltung. Sie sollen auch den Kindern aus dem Ausland, den besetzten und abgetretenen Gebieten nach zeitgemäßen pädagogischen Grundsätzen eine gute Bildung gewähren, ebenso den Kindern von Gefallenen und Kriegsbefähigten. Dieser Antrag rief eine lebhafte Debatte hervor, da die sozialistischen Parteien beantragt hatten, diese Anstalten simultan zu gestalten. Schließlich wurde aber der Ausschussantrag angenommen. Bei der Fortsetzung der Beratung des Nachtragsetzes der Reichsbahnverwaltung erklärte Reichsverkehrsminister Gröner, nachdem verschiedene Redner zu Wort gekommen waren, daß die Verwaltung bemüht sei, eine Beschäftigung der Beamten infolge der Verreichlichung zu vermeiden. Die Beratung wurde jedoch nicht zu Ende geführt, sondern in die Besprechung der Interpellation Stresemann über die Beseitigung der Sanktionen eingetreten. — Abg. Dr. Zapp-Zweibrücken (D.D.P.) begründete die Interpellation und weist nach, daß die Sanktionen durch den Friedensvertrag nicht begründet seien. — Er wendet sich gegen den Versuch Deutschlands, Sanktionen einzuführen. Die Last sei nicht mehr erträglich und es trübe der Moment ein, wo auch das gebulbte Volk sich auflehne. Der Reichskanzler wolle uns durch Arbeit zur Freiheit führen. Möge er dafür sorgen, daß wir nicht infolge der Sanktionen aus einem furchtbaren Traum erwachen. Jedenfalls sind die Sanktionen weder durch den Friedensvertrag noch durch spätere Vereinbarungen begründet. Sie sind eine Vergewaltigung. Alle anderen Mittel aber, die Liebe der Rheinländer zu erwerben, sind fehlergefallen. Die finanzielle Belastung durch die Zollhebung ist nicht zu unterschätzen. Dazu kommt namentlich die Einfuhr ausländischer Weine, sobald der Weinbau vor dem Ruin steht und mit ihm viele Handwerkerleide. Systematisch werden die dem deutschen Volk noch verbliebenen Hoheitsrechte noch geschmälert. Es handelt sich ja nach eigenem Eingeständnis der Franzosen nicht um Sanktionen, sondern um die Schaffung endgültiger Garantien, die nach einer Reihe von Jahren mühe-los das Rheinland Frankreich zuführen sollen, vielleicht zunächst in Form eines Pufferstaates. Schon jetzt wehren sich die Angehörigen, daß Frankreich sich stark genug fühlt, eventuell ohne, ja vielleicht gegen England allein seinen Weg zu gehen. Und auch die finanzielle Unabhängigkeit Frankreichs wird nicht von Dauer sein. Unsere Briefe werden erbrochen. Nicht einmal an unsere Frau können wir ungehindert schreiben. 7 Millionen Menschen sind in der Form der schlimmsten Barbarei hilflos gemacht und ihre Rechte mit Füßen getreten. Wenn die deutschen Staatsmänner an die Lösung der Rheinlandsfrage herantreten würden mit steifem Nacken, wäre viel gewonnen. Für die Rheinländer spricht das eine, daß sie zwei Jahre lang mit diesem Nacken die Franzosen ausgehalten haben. (Bravo.) Abg. Dr. Soltau (Soz.) schilderte die wirtschaftliche Not im Rheinland und kam zu dem Schluß, daß die Sanktionen eine Hilfe für die Arbeitlosen, aber ein Paradies für das Schiebervolk seien. Die Arbeiterschaft werde bei den internationalen Arbeiterkongressen entsprechende Schritte tun. — Morgen nachmittags 3 Uhr: Weiterberatung und kleinere Vorlagen.

**Die Erklärung des Reichsaußenministers.**  
Unmittelbar nach dem Einrücken der alliierten Streitkräfte in die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort haben wir in einer an den Völkerverbund gerichteten Note die Unvereinbarkeit dieser Maßnahmen mit dem Vertrag von Versailles dargelegt. Sobald die interalliierte Rheinlandskommission ein besonderes Zollregime in den Rheinlanden eingerichtet hat, haben wir durch unsere Vertreter in Paris, London und Brüssel Verwahrung gegen diese Maßnahme eingelegt, die nach unserer Überzeugung eine Verletzung des Vertrags von Versailles und des Rheinlandsabkommens darstellt. Beide Proteste sind ungehört verhallt. Ich glaube nicht, daß es nötig ist, diesem hohen Hause im einzelnen die außerordentlich schweren Folgen und wirtschaftlichen Schädigungen darzulegen, die durch die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und das Zollregime in den Rheinlanden entstanden sind. Sie liegen für jeden, der ohne Voreingenommenheit den Tatsachen gegenübersteht, klar vor Augen. Die neueingetragene Zolllinie war gedacht als eine Ausnahme, die die deutsche Regierung zur Annahme der in Bezug auf die Reparationen gestellten Forderungen veranlassen sollte. Um-

mehr war die Erwartung berechtigt, daß sie in Fortfall kommen würde, nachdem die deutsche Regierung das Ultimatum angenommen hatte. Nach der Annahme des Ultimatus und nachdem in einer für alle Welt unzweifelhaft klaren Weise Deutschland öffentlich bemüht ist, den im Ultimatum übernommenen Verpflichtungen zu entsprechen. Nachdem Deutschland in Ausführung dieser Verpflichtungen, Leistungen von ungeheurer Größe an unsere früheren Gegner bewirkt hat, haben die Sanktionen in den Rheinlanden jeden Grund verloren. (Sehr richtig!) Es ist unserer Auffassung nach, auch wenn darüber keine ausdrücklichen Vereinbarungen bestehen, ein einfaches und klares Gebot der Gerechtigkeit, daß die Sanktionen sofort und restlos aufgehoben werden. Die deutsche Regierung hatte diesen Standpunkt mit allen Mitteln bei den alliierten Hauptmächten zum Ausdruck gebracht. Zu meinem tiefen Bedauern nimmt die französische Regierung in dieser Angelegenheit einen Standpunkt ein, der mit Recht und Billigkeit schlechthin unvereinbar ist. Ich sehe mich genötigt, der deutschen Öffentlichkeit rückhaltlos mitzuteilen, was uns über die Stellungnahme der französischen Regierung bekannt geworden ist. Im Ausschuß der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten soll sich Ministerpräsident Briand gegen die Aufhebung der Gewaltmaßnahmen ausgesprochen haben. (Hört, hört!) Ich habe daher unseren Volksthafter in Paris sofort angewiesen, Herrn Briand in nachdrücklicher Weise zu sagen, daß die Aufrechterhaltung dieser Gewaltmaßnahmen nach der Annahme des Ultimatus und nach den gewaltigen Leistungen zur Erfüllung des Ultimatus ein großes Unrecht sei. In Deutschland werde, falls nicht in aller nächster Zeit die Absicht der französischen Regierung, einer baldigen Aufhebung zuzustimmen, in irgend einer Weise erwidert werde, der Zweifel Boden gewinnen, ob es Frankreich ernst damit sei, die für das Fortbestehen der deutschen Verpflichtungen erforderlichen Voraussetzungen zu verbriefen. Der Volksthafter hat vorgeschrien daraufhin eine Unterredung mit Herrn Briand gehabt. Herr Briand hat ihm mitgeteilt, man habe im Kammerausschuß bemerkt, daß die Aufhebung dieser Sanktionen erst in Frage kommen könne, wenn das Objekt (Welches Objekt?) auf das sie sich beziehen, verwirklicht sei. Der Volksthafter Dr. Röder, hat demgegenüber mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der deutschen Regierung nach keiner Richtung hin irgend wie ein Vorwurf wegen der Nichterfüllung der im Ultimatum übernommenen Verpflichtungen gemacht werden könne. Herr Briand hat jedoch auch dem Volksthafter gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß nach seiner Meinung die Sanktionen noch nicht aufgehoben werden könnten. (Hört, hört! auf allen Seiten des Hauses.) In Uebereinstimmung hiermit steht die Resolution, die der französische Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten gestern gefaßt hat. Demgemäß soll keine der militärischen oder wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden, bevor die Verpflichtungen, mit Rücksicht auf welche die Sanktionen angeordnet wurden, voll ausgeführt sind. Dieser Standpunkt der französischen Regierung ist mit Recht und Billigkeit nicht zu vereinbaren. Die deutsche Regierung wird sich damit nicht zufrieden geben. Es wird nichts unterlassen werden, um die Aufhebung der Sanktionen zu erreichen.

Ich glaube auch, sagen zu dürfen, daß unser Standpunkt bei einem Teil der Alliierten Verständnis findet. Graf Sforza hat einem amerikanischen Interviewer gegenüber erklärt, daß er die Aufrechterhaltung der Sanktionen für ungerechtfertigt halte und für ihre Aufhebung eintreten werde. Und was England angeht, so habe ich bereits kurz nach Antritt meines Amtes unseren Volksthafter in London ersucht, bei der englischen Regierung mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß die Gewaltmaßnahmen alsbald aufgehoben werden. Lord Curzon erinnert in seiner Antwort daran, daß die Sanktionen nur durch eine gemeinsame Konferenz der alliierten Mächte aufgehoben werden könnten. England sei zur Aufhebung bereit, Frankreich nehme eine andere Stellung ein. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde der Oberste Rat im Laufe des Monats Juli zusammenkommen. Ich glaube, daß wir unsererseits mit gutem Gewissen sagen können: Wir sind der Meinung, das Ultimatum getreu zu erfüllen, in vollem Maße nachgekommen. Deutschland hat alle Fristen und Bedingungen, die im Ultimatum gestellt sind, ob sie sich auf die Entwaffnung oder auf die Reparationsleistungen beziehen, genau erfüllt. Insbesondere sind auch die heute ablaufenden Fristen für die Aufhebung der Selbstschutzorganisationen und die Ablieferung der Waffen innegehalten worden. Ich darf daran erinnern, daß die von uns bewirkte Zahlung von einer Milliarde Goldmark eine ungeheure Leistung darstellt, wie sie die Geschichte überhaupt noch nicht gesehen hat. Unsere Bereitwilligkeit, eine rasche Erfüllung unserer wirtschaftlichen Verpflichtungen zu ermöglichen, konnte wohl nicht deutlicher betundet werden, als durch die Verhandlungen meines Kollegen Dr. Rathenau in Wiesbaden. Von dem Gerechtigkeitsgefühl, zum mindesten von dem praktischen

Sinn der Gegenseite müssen wir die schließliche Einsicht erwarten, das es ein Widerspruch ist, von Deutschland übergehohe Kraftanstrengungen zur Tilgung der Reparationsschulden zu verlangen und im gleichen Augenblick täglich und stündlich die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu schwächen und seine Leistungsfähigkeit zu vermindern. Die Reichsregierung wird es auch weiterhin als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, die Beseitigung der für das Rheinland wie für unser ganzes Vaterland gleich unerträglich Zustände sobald wie möglich zu erreichen. Auf das tiefste bedauern wir, daß der ohne hin so schwergeprüften Bevölkerung des Rheinlands auch diese neue Last aufgebürdet wurde und stellen mit Bewunderung und Dankbarkeit die würdige und einmütige Haltung fest, die die Bevölkerung des Rheinlands in dieser neuen Prüfung eingenommen hat. (Bravo!) Das Band, das die Rheinlande mit dem sonstigen Deutschland verbindet, wird durch derartige Prüfungen nur noch fester geknüpft werden. (Bravo.)

### Die Berliner Presse zur Rede des Außenministers.

Berlin, 1. Juli. Einmütig unterstreichen sämtliche Morgenblätter die gestrigen Ausführungen des neuen Ministers des Auswärtigen, Dr. Rosen, über die Sanktionen, die mit Recht und Billigkeit in einem unvereinbaren Gegensatz ständen. Wie das „Berliner Tageblatt“ hervorhebt, könne man nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen bereits sagen, daß alle Parteien geschlossen gegen die unerhörte Sanktionspolitik der Entente seien. Auch die unabhängige „Freiheit“ betont, daß im deutschen Volk keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen könne, daß die über Deutschland verhängten Sanktionen unerträglich seien und daß ihre Aufrechterhaltung keine Grundlage in irgendwelchen rechtlichen Beziehungen habe. Die „Germania“ unterstreicht besonders die Worte Rosens über die ehrliche Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, an der Gesundung der Welt mitzuarbeiten und schreibt: Dr. Rosen konnte im Namen von ganz Deutschland sprechen, als er eine rasche Erfüllung unserer Verpflichtungen in Aussicht stellte. Auf der anderen Seite ist nunmehr dafür zu sorgen, daß der Heilungsprozess in der Gesundung der Welt nicht durch plumpe Eingriffe gestört wird.

### Die Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzungen.

Berlin, 30. Juni. Nach einem Beschluß des Reichstages des Reichstags sollen die Steuererlasse, das Schulgesetz und das Brandweinmonopolgesetz zunächst noch zurückgestellt werden, bis unter den Parteien eine Vereinbarung über die gemeinschaftliche Beratung dieser Gegenstände zustande gekommen ist. Morgen wird das Grubenunfall von Mont Genis besprochen werden. Erledigt werden sonst noch vor der Sommerpause ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Patentgebühren, sowie für Rechtsanwaltsgebühren und die Ausführungsbestimmungen zum Befolgungsgesetz. Am Donnerstag der nächsten Woche wird der Reichstag voraussichtlich in die Sommerferien gehen können.

### Zur Lage in Oberschlesien.

**Fortdauer der polnischen Gewalttaten.**  
Berlin, 1. Juli. Nach neuen, von deutscher Seite eingegangenen Berichten aus Oberschlesien fahren die Insurgenten auf ihrem Rückzug geraubtes Gut auf „requisitierten“ Wagen mit und verschleppen weiter Personen. Viele Insurgenten sind mit Waffen, wenn auch nicht in festen Verbänden, zurückgeblieben. Sie tragen den polnischen weißen Adler und kontrollieren auch an einzelnen Stellen noch Eisenbahn und Straßenbahn. In der Gegend von Schirolow hat sich ein Zwischenfall ereignet. Der deutsche Selbstschutz hatte bei seinem Zurückgehen plötzlich bewaffnete Insurgentenabteilungen in seinem Rücken. Nur durch Vermittlung des englischen Kreiskontrolleurs, der englischen Verbände gegen die Insurgenten schickte und sie zum Zurückgehen zwang, konnte ein Zusammenstoß zwischen Selbstschutz und Insurgenten vermieden werden.

### Eine Rundgebung des Generals Höfer.

Oppers, 7. Juli. Der Führer des deutschen Selbstschutzes, General Höfer, hat einen Aufruf erlassen, worin es heißt: Kameraden! Der Vormarsch der interalliierten Truppen zur Befreiung unserer Heimat wurde endlich begonnen. Die Interalliierte Kommission hat sich verpflichtet, in wenigen Tagen Oberschlesien bis zur Landesgrenze von den Insurgenten zu säubern. Sie glaubt unsere Mithilfe, die ich ihr immer wieder angeboten habe, abzulehnen zu müssen. Das Interesse unserer Heimat fordert es, daß wir uns der Interalliierten Kommission fügen. Der General spricht dann den Angehörigen des Selbstschutzes seinen Dank aus für ihre Selbstlosigkeit und Heimatliebe, für die Kampferfolge, die sie errungen, für die Befonnenheit, die sie bewiesen haben. Auch den im Augenblick noch unerlösten Landsleuten dankt der General, daß sie bis



zueht sich in Teue zu ihrem Deutschtum bekannt haben. Gelingen den Alliierten die Säuberung des Landes, dann sei die Aufgabe des Selbstschutzes jetzt erfüllt; er werde sich wieder auflösen. Die Selbstbeherrschung und Manneszucht, die der Selbstschutz bewiesen, die Einmütigkeit, mit der das gesamte Deutschtum hier zusammengestanden habe, berechtigen zu der Zuversicht für eine bessere Zukunft der österrheintlichen Heimat und des gesamten deutschen Vaterlandes.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Eine Gegenoffensive der Griechen.

Paris, 30. Juni. Nach dem „Intransigent“ haben die Griechen in Kleinasien die Gegenoffensive eröffnet.

Paris, 30. Juni. Nach einer Meldung aus Konstantinopel, die der „Temps“ wiedergibt, haben die Griechen jeden Seeverkehr im Marmarameer unterzagt.

#### Frankreich und der griechisch-türkische Konflikt.

Paris, 29. Juni. „Deu-re“ glaubt zu wissen, daß in französischen Kreisen die Ansicht vorherrscht, Griechenland eine formelle Benachrichtigung zugehen zu lassen, worin erklärt wird, wenn es auf seinen Offensivplänen beharre und sich auf ein Abenteuer einlasse, es dies auf eigene Gefahr tue. Es könnte alsdann nicht auf die Unterstützung der Alliierten rechnen.

#### Eine Verschwörung gegen die Entente in Konstantinopel.

London, 30. Juni. „Morning Post“ meldet aus Konstantinopel, daß eine von Moskau geleitete große Verschwörung gegen die Alliierten in Konstantinopel entdeckt worden sei. Hunderte von Russen in den verschiedensten Bezirken der Stadt wurden von den britischen Militärbehörden verhaftet, unter ihnen drei jüdische Kommisars und die gesamte bolschewistische Handelskommission. — Die Türken haben also in ihrer eigenen Hauptstadt nichts mehr zu sagen. Es herrschen dort, wie überall, die Engländer. Uebrigens kann man sich wohl vorstellen, daß in Konstantinopel die Stimmung gegen die Unterdrücker der orientalischen Völker nicht freundlich ist.

#### Russische Mobilisierung gegen Polen?

London, 30. Juni. Die „Times“ melden aus Helsingfors, in den nördlichen Gouvernements von Nordwestrussland sei gegen die Aufständischen in Estland eine allgemeine Mobilisierung angeordnet worden. Als Grund dafür wurde angegeben, daß in Moskau ein Vormarsch gegen Polen erwogen wurde. Der Widerstand gegen den Mobilisierungsbefehl ist groß und aus verschiedenen Bezirken werden ernste Ausschreitungen gemeldet.

#### Die Friedensresolution in Washington angenommen.

Washington, 1. Juli. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat den Bericht der Konferenzmitglieder der beiden Häuser über die Resolution, der zufolge der Kriegszustand mit Deutschland und mit Oesterreich beendet wird, angenommen.

### Ausland.

#### Bolschewistische Propaganda in Schweden.

Kopenhagen, 1. Juli. „Berlingske Tidende“ wird aus Stockholm telegraphiert: Die schwedische Polizei hat im nördlichen Schweden zahlreiche bolschewistische Propagandaschriften und Dokumente mit Beschlag belegt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

#### Subenverfolgungen in Rußland.

Kopenhagen, 1. Juli. Die Zeitung „Obshetse Diolo“ teilt mit, daß die antisemitische Bewegung unter den russischen Arbeitern und Bauern immer weiter um sich greift. Im Gouvernement Homel kam es zu blutigen Judenverfolgungen, die sich von dort nach Wolhynien, wo namentlich in Radomysl nichtbare Pogrome abgehalten wurden, hingen.

#### Der internationale Bolschewistenkongress in Moskau.

Kopenhagen, 1. Juli. „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Der Kongress der 3. Internationale wurde am Montag, den 20. Juni, von Sinowjew eröffnet, der in seiner Begrüßungsansprache u. a. erklärte, daß die Kommunisten ihre offensive Politik fortsetzen müßten. Nachdem verschiedene fremde Vertreter aus Deutschland, England, Italien, Japan und Frankreich Huldigungsansprachen auf Rußland gehalten hatten, wurde Sinowjew zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Dann sang der russische Sänger Schalspi mehrere Soldatenlieder. Später sprach Trozki in deutscher Sprache über die Weltkrisis. Der Kongress, der tausend Delegierte zählt, wird bis Mitte Juli dauern.

#### Eine internationale Organisation der Postangestellten.

Prag, 1. Juli. Am 28. und 29. Juni tagte in Prag der Exekutivausschuß der Internationale der Postangestellten. Der Verhandlung unterlag die Frage der Beschränkung des Koalitionsrechts der französischen Postbeamten, die Frage der Herausgabe eines internationalen Propagandaorgans in drei Sprachen, die Frage der Vertretung des Personals in Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieben, Fragen, welche dem internationalen Arbeitsamt vorgelegt werden. Die Versammlung sprach sich für die Anzshadamer Gewerkschaftsinternationale aus. Es wurden die Vorbereitungen für einen internationalen Kongress der Postangestellten getroffen, der im August 1922 in Berlin stattfinden wird. Der Exekutivausschuß protestierte mit aller Energie gegen die französischen Regierungstreife, welche die Organisationsfreiheit der Angestellten der offiziellen Unternehmen beschränken, die drahtlose Telegraphie den kapitalistischen Gruppen ausliefern und die Uebergabe der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe an private Kapitalisten beabsichtigten. Die französischen Organisationen werden beauftragt, sich dagegen zu wehren und in vollkommener Solidarität mit den anderen Angestellten der übrigen Nationen zusammenzuhalten.

#### Zum Attentat auf den Prinzregenten von Serbien.

Wien, 30. Juni. Zum Attentat auf den Prinzregenten von Serbien wird ergänzend aus Belgrad gemeldet, daß unter den Verwundeten sich auch der Schweizer Professor Boissier befindet, der schwer verletzt wurde. Die Annahme, daß es sich

um die Tat eines Einzelnen handelt, bestätigt sich nicht. Im Laufe des gestrigen Tages verhaftete die Polizei weitere drei Personen als Mithäufliche des Attentäters.

#### Die Bevölkerungszahl Frankreichs.

Paris, 30. Juni. Nach der Volkszählung vom 6. März beträgt, wie die Havas-Agentur mitteilt, die Bevölkerung von Frankreich mit Ausschluß der Kolonien und von Elsass-Lothringen 36 084 206 Einwohner gegen 38 468 813 im Jahre 1911, was eine Verminderung der Bevölkerung von 2 384 547 Einwohner bedeutet. Mit gezählt sind nicht die außerhalb Frankreichs dienftuenden Soldaten. — Und da macht sich diese großwahrscheinliche Gesellschaft an, Deutschland mit seinen 70 Millionen Menschen dauernd beherrschen zu können.

#### Die Bevölkerung der Schweiz.

(S. B.) Die Schweiz zählte im Jahre 1910 3 753 097 Einwohner, am 1. Dezember 1920 3 875 840, während man auf etwa 4 Millionen gerechnet hatte. Die größte Ueberraschung bedeutet aber das Ergebnis der Fremdenstatistik. Vor 10 Jahren lebten in der Schweiz rund 552 000 Ausländer — 14,7 Prozent der Einwohnerzahl. Am 1. Dezember 1920 wurden 410 983 orisanwefende Ausländer auf Schweizer Boden gesehen — 10,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von einer Ueberfremdung der Schweiz dürfte also nicht die Rede sein, denn heute leben 150 000 Fremde weniger in der Schweiz als früher. In Bern, St. Gallen und Zürich macht sich sogar schon Wohnungsüberschuß bemerkbar.

#### Lloyd George über das Uebereinkommen zwischen Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern.

London, 29. Juni. Lloyd George erklärte gestern im Unterhause, die bereits gemeldeten Bedingungen des Uebereinkommens zwischen den Zechenbesitzern und den Bergleuten, die zur Beendigung des Kohlenstreiks führten, seien angenommen. Das Uebereinkommen sichere auf einer befriedigenden Grundlage den Frieden auf lange Zeit. Man habe sich auf einen Standardlohn geeinigt. Nach Zahlung dieses Standardlohnes und nach Deduktion der neuen Ausgaben würden die Zechenbesitzer 17 Pfund Sterling für je 100 Pfund Sterling erhalten, die an Standardlöhnen ausbezahlt wurden. Alle weiteren Erträge würden im Verhältnis 85 zu 17 zwischen den Bergarbeitern und den Zechenbesitzern verteilt werden. Dadurch sei der Arbeiter mit den Unternehmern an den Erträgen der Industrie beteiligt und erhalte auf diese Weise ein direktes Interesse an der Produktion der Industrie und einen unmittelbaren persönlichen Ansporn zur Anstrengung.

#### Neue Methoden gegen Irland?

London, 1. Juli. Einer Reuter-Meldung zufolge ist eine Reihe von Sinn Fein-Mitgliedern des Parlaments, darunter Arthur Griffith und John Neill, gestern abend aus dem Gefängnis entlassen worden.

### Aus dem besetzten Gebiet.

#### Die Unterdrückung der Presse- und Redefreiheit.

Amdurg, 29. Juni. Die Maßnahmen der interalliierten Rheinlandskommission lassen deutlich erkennen, daß sie dahin streben, die rheinische Bevölkerung völlig mundtot zu machen, damit das Ausland über die Stimmung und die Vorgänge im Rheinlande nichts erfährt. Ueber das Vorgehen gegen die Presse ist wiederholt geschrieben worden, ebenso über die Unterbindung der Redefreiheit. Diese geht neuerdings so weit, daß dem Gesuch zur Abhaltung einer Versammlung eine Niederschrift der zu haltenden Reden wenigstens im Entwurf beigegeben sein muß, wie es eine Verfügung des kommandierenden Generals im Brückenkopf Düsseldorf verlangt. Das bedeutet die völlige Lahmlegung der Tätigkeit der politischen Parteien. Die französische Presse darf über die Vorgänge im besetzten Gebiet die ungeheuerlichsten Dinge verbreiten, beschäftigt sich aber die deutsche Presse mit rheinischen Fragen eingehender und werden die Dinge dann mit dem rechten Namen genannt, dann wird die Verbreitung dieser Zeitungen unterzagt. So blieben bisher eigentlich nur noch die rheinischen Volksvertreter in den Gemeinden und Parlamenten, die mit größerer Offenheit, Objektivität und Deutlichkeit über das, was die Bevölkerung bedrückt und was sie denkt und wünscht, sprechen konnten. Das lag jedoch nicht in der Absicht der interalliierten Rheinlandskommission, weshalb die interalliierten Gerichtshöfen mehrfach gegen Reichstags- und Landtagsabgeordnete Strafverfahren eingeleitet oder Strafbefehle erlassen haben. Bekanntlich hatte der Reichskommissar für die besetzten Gebiete dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß auch im besetzten Gebiet die Immunität der Abgeordneten in vollem Umfange beachtet wird. In ihrer Antwort an den Reichskommissar hat die interalliierte Kommission dieses Ersuchen zurückgewiesen, und damit offen ausgesprochen, daß die Alliierten die Immunität der Abgeordneten im besetzten Gebiet nicht anerkennen.

#### Deutsche Abwehr

#### der französischen Abschnürungsmaßnahmen.

Sagen i. W., 29. Juni. Der hier tagende Verband rheinisch-westfälischer Landgemeinden beschäftigte sich u. a. auch mit der Verfügung der Regierungskommission für das Saargebiet, daß die Gemeinden des Saargebietes dem Verband nicht mehr angehören dürfen. Ein Vertreter des Saargebietes erklärte jedoch, daß das Land trotzdem deutsch bleiben und dem Verband die Treue halten werde. Der Verband beschloß daher einstimmig, die Saarbürgermeisterien auch weiterhin als Mitglieder zu führen und mit ihrer Vertretung den aus dem Saargebiet ausgewiesenen Bürgermeister Falle zu beauftragen. Die Versammlung stellte ferner fest, daß die Sanktionen auch die Gemeinden in Mitleidenschaft zögen, indem sie ihre Steuerkraft schwächten. In einer Entschließung wird die Reichsregierung gebeten, auf die Aufhebung der Sanktionen hinzuwirken.

### Gedenket der Not in Obereschlesien!

### Deutschland.

#### Die Entwaffnung.

Berlin, 30. Juni. Der Entwaffnungskommissar, Dr. Peters, legt mit dem heutigen Tag sein Amt nieder, da die Befehle zur Durchführung der Entwaffnung am 30. Juni ablaufen und infolgedessen die Vollmachten des Reichsministers erlöschen. Dr. Peters wird noch einige Zeit mit der Liquidierung der Entwaffnungsfrage beschäftigt sein und auch einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit erstatten. — Wie die Blätter von unterrichteter Seite erfahren, haben die Ablieferungen von Waffen und Munition die Boranschläge übertraffen.

#### Zur Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren.

München, 1. Juli. Mit der Auflösung der Einwohnerwehren Bayerns hört am 1. Juli 1921 die Oberleitung zu bestehen auf. Die Auflösungsarbeiten werden durch eine Hauptabrechnungsstelle, die Verwertung des vom Staat geliehenen Materials zu Gunsten der Staatskasse durch eine Verwertungsstelle durchgeführt.

#### Die Wiederaufnahme des Kriegsverbrecherprozesses vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 29. Juni. Heute vormittag wurden die Prozesse gegen die sogenannten Kriegsverbrecher vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Schmidt wieder aufgenommen. Es wird jetzt die Reihe der französischen Fälle verhandelt. Neben Vertretern der Reichsregierung wohnt den Verhandlungen im Auftrag der französischen Regierung eine französische Justizkommission bei. — Zu Beginn der Verhandlungen teilte der Vorsitzende mit, daß nur gegen Major Crupius, nicht aber gegen General Spenger vom Obergerichtsamt Anklage erhoben werden ist. Das Verfahren gegen Spenger könne nur auf Grund der Schulddigung in der Auslieferungsliste eingeleitet werden und der Obergerichtsamt wolle eine gerichtliche Entscheidung in der Sache herbeiführen. Die Beschuldigung geht dahin, daß Spenger im August 1914 den Befehl gegeben haben soll, alle verwundeten Franzosen auf den Schlachtfeldern und auch die in Gefangenschaft gehaltenen französischen Soldaten zu töten. Der Angeklagte Crupius ist u. a. den Versuch gemacht haben, am 21. August 1914 einen französischen Soldaten töten zu lassen und am 27. August mindestens 7 gefangene Franzosen habe töten lassen.

#### Explosionsunglück.

Berlin, 1. Juli. Auf dem Schießplatz Kammersdorf wurde durch eine Geschosserplosion ein Arbeiter getötet. In der Munitionslagerungshalle bei Nagelburg wurden beim Zerlegen eines großen Geschosses durch explodierende Granaten zwei Arbeiter in Stücke gerissen.

#### Riefendiebstahl.

Berlin, 1. Juli. Nach einer Meldung des „Berliner Tagblatt“ wurden aus dem Zollamt in Cöthen von Einbrechern für über eine Million Mark Zigaretten- und Tabakbanderolen gestohlen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß die Diebe schon ähnliche Einbrüche in mehr als zehn deutschen Städten verübt haben.

### Aus Stadt und Land.

#### Calw, den 1. Juli 1921.

#### Der Juli.

Mit dem Eintritt in den zweiten Sommermonat ist der Höhepunkt des Jahres überschritten. Langsam wendet sich die hochgehende Sonne wieder nach Süden, und die kurzen Nächte der Mittsommerzeit weichen wieder längerer Dunkelheit. Aber noch — und das ist das erfreulichste Bewußtsein — ist der Sommer nicht zu Ende; im Gegenteil, nun kommt er erst zu seiner höchsten Vollendung, indem er uns des Jahres höchste Wärme, der Frucht auf dem Felde die Zeit der Reife bringt. Denn erst im Juli beginnen sich die Hoffnungen zu erfüllen, die der Landmann an des vorigen Winters Schwelle, wie zu Beginn des Frühjahrs dem Boden anvertraut hat. Wenn die Inzunne glühend auf die Felder niederbrennt, reist im Halm das Korn, färbt sich der Weizen gelb, und unser täglich Brot ist uns wieder einmal auf ein Jahr gesichert. Groß sind diesmal die Hoffnungen des Landmannes; ernteschwer prangen die Felder. Möge der Himmel auch in diesem Jahr der Ernte günstig sein und sie mit recht viel Wärme und Sonnenschein fördern. Die Zahl der Jahre, in denen der Hochsommer verregnet, in denen unter der immerwährenden Feuchtheit die reife Frucht auf dem Felde sich zu legen und zu faulen beginnt, ist leider nicht gering. Möge uns in diesem Jahr eine solche Enttäuschung erspart bleiben.

#### Die Betriebsräte wahlen der Reichseisenbahnen in Württemberg.

Am 16. Juni waren im Bereich der Reichseisenbahnenverwaltung die Wahlen zu den Betriebsvertretungen (Betriebsräte und Schlichtungsstellen) für die Eisenbahnarbeiter in Württemberg durchgeführt worden. Das Ergebnis bereits vor, während es im Reich noch nicht vollständig zusammengestellt ist. Der Deutsche Eisenbahnerverband (D. E. V.) erhielt 8263 Stimmen gegenüber 4709 Stimmen im vorigen Jahr, der Württ. Eisenbahnerverband (Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner) erhielt 4560 Stimmen (i. Vorj.: 3790). Der D. E. V. hat also gegenüber dem Vorjahr 1446 Stimmen verloren, der Württ. Eisenbahnerverband dagegen 830 gewonnen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Beamtenwärter dieser Jahre nicht mehr wählen durften. Diese gehören fast restlos dem Württ. Eisenbahnerverband an und ihre Zahl ist mindestens mit 1000 einzustellen, so daß der wirkliche Zuwachs des Württ. Eisenbahnerverbandes annähernd 2000 Stimmen betragen würde. Die Verteilung der Stimmen ist sehr verschiedenartig. Im Betrieb und im Bahnunterhaltungsdienst hat der Württ. Eisenbahnerverband die übergroße Mehrheit, während der Deutsche Eisenbahnerverband in den Werkstätten vertreten ist.

#### Nutmäßliches Wetter am Samstag u. Sonntag.

Die Luftdruckverteilung zeigt eine Störung im Nordwesten, die aber voraussichtlich geringen Einfluß erlangt. Am Samstag und Sonntag ist trockenes, warmes, strichwelliges Wetter zu erwarten.

### Die Frage der ...

(S. B.) Stuttgart, im Landtag folgende ...

### Die Frage des ...

(S. B.) Stuttgart, ...

### Ein ...

(S. B.) Stuttgart, ...

### Der ...

(S. B.) Pfallingen, ...

### Der ...

Erzählung ...



### Die Frage der Zulassung der Frau zum Schöffen- und Geschworenendienst.

(StG) Stuttgart, 29. Juni. Abg. Heymann (Soz.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Im Reich wird ein Gesetz vorbereitet, das den Frauen den Zutritt zum Schöffen- und Geschworenendienst sichert. Durch dieses Gesetz sollen lediglich Anordnungen getroffen werden, die sich aus den Bestimmungen der neuen Reichsverfassung über die Gleichberechtigung der Frauen folgerichtig ergeben. In einem von fünf Frauen unterzeichneten Aufruf wird gegen diesen Gesetzentwurf Einspruch erhoben, weil das Amt eines Laienrichters von fleißigen Frauen oder gewissenhaften Müttern angeht, nicht ausgeübt werden kann. Exempare dieses Aufrufs sind vom Richterverein den Vorständen der Amtsgerichte zugestellt worden und werden von diesen an die Schlichterämter zur Sammlung von Unterschriften hinausgegeben. Sind dem Staatsministerium die geschilderten Vorgänge bekannt und was gedenkt es gegen diesen Mißbrauch der Amtsbefugnis zu tun?

### Die Frage des Reichszuschusses für den Stuttgarter Handelshof.

(StG) Stuttgart, 29. Juni. Der Reichsrat hat den Antrag des Reiches für den Handelshof in Stuttgart für den Zeitraum von 300 000 auf 500 000 Mark erhöht und diese Erhöhung mit den gesteigerten Kosten der Auslandspropaganda für die Messen begründet. Die Reichsregierung teilt in der Vorlage an den Reichstag mit, daß sie nicht in der Lage sei, der Erhöhung zuzustimmen. Die Bewilligung der geforderten Beträge sei umso gefährlicher, als damit den Forderungen anderer Städte der Weg geebnet wäre. Dadurch werde aber der von der Reichsregierung angestrebte Vereinfachung des gesamten Messewesens entgegen gearbeitet, was im Interesse der größten deutschen Messe in Leipzig vermieden werden müsse. Dazu bemerkt die „Wirtsch. Industrie“: Diese Erklärung spricht endlich aus, was man schon lange spüren konnte, daß man nämlich innerhalb der Reichsregierung immer noch geneigt ist, Leipzig in seinem Bestreben, deutsche Einheitsmesse zu werden, zu unterstützen und dem unschönen Kampf Leipzigs gegen die anderen deutschen Messen mit amtlichen Mitteln entgegenzukommen. Nachdem es aber der Reichsrat schon abgelehnt hat, sich diese Vorzugsbehandlung zu Gunsten Leipzigs zu eigen zu machen, ist zu hoffen, daß die sachlichen Gründe des Reichstags auch bei dem nunmehr zur Entscheidung berufenen Reichstag durchschlagend und allen Teilen zu ihrem Recht verhelfen werden.

### Ein Neuar-Donau-Kanalplan.

(StG) Stuttgart, 29. Juni. Das Aktienkapital für den Bau des Neuar-Kanals in Höhe von 200 Millionen M ist voll gezeichnet worden. Zur weiteren Finanzierung werden 600 Millionen M in Obligationen aufgelegt werden. Der Südwestdeutsche Kanalverein hat für die Werbetätigkeit einen Film geschaffen, der in vollständiger Weise die Arbeiten am Kanal, die Landschaften von Ulm über Plochingen bis Mannheim zeigt und der Allgemeinheit Aufschlüsse erteilen soll. Es ist beabsichtigt, den Film in den allgemeinen Spielplan aller Lichtspieltheater aufzunehmen.

### Kreisturnfest.

(StG) Plochingen, 30. Juni. Der 11. Turnkreis Schwaben bringt am 30. und 31. Juni seine sonst alle zwei Jahre übliche Kreisturnfahrt nach achtjähriger Pause das erste Mal wieder zur Ausführung. Als Ziel dafür ist die reizend gelegene Bergstadt Weisingen ausersehen. Auf dieser schönen freien Berghöhe, wo schon vor 25 Jahren, im Sommer 1896, die schwäbische Turnerschaft im friedlichen Wettkampf um den schlichten Ehrentanz ihre Kräfte gemessen hat, wird auch diesmal wieder ein volkstümliches Turnen stattfinden. Die besten Kräfte des Schwabens werden hier zusammenströmen, um nach langer Kriegszeit Zeugnis zu geben von der inzwischen wieder aufgenommenen turnerischen

### Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schücking.  
„D mein Gott,“ flüsterte sie erschrocken, daß ihre Worte kaum vernommen waren, „Sie, Sie hier?“  
„Du kennst ihn also, es ist so, wie er sagt, er kommt um deinetwillen? Alles, alles dies ist um deinetwillen, du entschliesse dich, mir zum Unglück geborenes Geschöpf!“ rief der Schultze aus, der in seinem Zustande von Schreden und Angst alle Fassung und Fassung zu verlieren schien.  
Benedictens Augen öffneten sich weit; sie starrte den Vater an, aber sein Ausruf, seine Empörung konnte sie nicht zerschmettern, weil sie ihn nicht begriff, nicht verstand.  
„Starrt mich nur an,“ fuhr der Schultze, die Hände ringend, fort, „du, du warst es, die mein Leben vergiften wollte.“  
„D nicht das, nicht noch einmal, nicht immer wieder das! Vater, Vater, ich flehe dich an, sei barmherzig!“ rief Benedicte, wie bittend die Hände erhebend.  
„Du warst es!“ — der Schultze fuhr sich bei diesen Worten im Übermaß seiner Verzweiflung mit den Händen in das dünne graue Haupthaar — „du warst es, die mir das Kind kahl, verdarrt, tötete.“  
„Es ist nicht wahr, es ist nicht wahr, es ist nicht wahr, der Himmel ist mein Zeuge!“ rief Benedicte mit einer Festigkeit und Härte, wie sie sie vielleicht nie noch so maßlos gezeigt hatte.  
„Es ist nicht wahr, nicht wahr, daß du, nur du jetzt auch an meinem Tode schuld wirst, daß dieser unselige Mensch hier nur um deinetwillen sich mit einem Brief an mich drängt, der mich verdirbt, der mich vor diesen erbarmungslosen Franzosen zum Verräter stempelt?“  
„D mein Gott, was ist denn geschehen, welche neue Sünde habe ich begangen?“ fiel Benedicte außer sich ein.  
„Ich sag's dir ja, ich sag dir's, dieser Mensch hier dringt zu mir und gibt mir in Duvignots Gegenwart einen Brief,

Arbeit und tüchtigen Körperpflege, die zur Wiederaufrichtung unseres darniederliegenden Volkes so dringend notwendig ist. Bei dem zu erwartenden starken Besuch des Kreisturnfestes fehlt es dem Festauschuß nicht an vorbereitender Arbeit. Die Einladung an die Kreisvereine ist bereits erfolgt. Nun ist die Wohnungskommission daran, für die Unterbringung der Turner in Bürger- und Massen-Freiquartieren die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

### Friseur-Tagung.

(StG) Tuttlingen, 29. Juni. Der Landesverband der Friseurmeister Württembergs hielt in Tuttlingen seinen Verbandstag ab. Friseurmeister Gemeinderat Wolf-Stuttgart begrüßte die Gäste, Oberbürgermeister Scherer, Ammann Scharitz und den Sekretär der Handelskammer Reutlingen. Nach dem Geschäftsbericht zählt der Verband 1700 Mitglieder. Die Verbandskassensatzung hat ein Vermögen von 18 000 M. Die Einkaufsgenossenschaft setzte im letzten Jahr 1 750 000 M um. Bei den Verhandlungen drehte es sich hauptsächlich um die Sonntagsruhe und das Lehrlingswesen. Eine Urabstimmung über die Sonntagsruhe ergab 650 Stimmen für vollständige Schließung der Geschäfte am Sonntag, 244 für dreistündige Arbeitszeit am Sonntag. Stadt und Land hatten also eine verschiedene Auffassung. Nach dem Ergebnis der Abstimmung soll die dreistündige Arbeitszeit auf die Werktage verteilt werden. Bezüglich des Lehrlingswesens wurde beschlossen, daß ein Meister nicht mehr als zwei Lehrlinge halten darf. Der Ausbau der Fachschule für die Lehrlinge wird angestrebt. Gegen die Einbeziehung der Lehrlinge in den Tarif wurde Stellung genommen. Zum Verbandssekretär wurde Friseurmeister Häußler-Stuttgart bestellt. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Der nächste Verbandstag soll in Ravensburg stattfinden. Eine Besichtigung der Aktiengesellschaft für Feinmechanik und ein Ausflug ins Donautal schloß sich an.

### Von der Abwasserreinigung.

(StG) Urach, 30. Juni. Die letzte Abgruppe für die Wasserversorgung, die die Gemeinden Böhlingen, Grabenstetten, Gruorn, Hengen, Wittingen, Zeiningen und Erlendbrunnweiler mit Wasser versorgt, ist nunmehr fertiggestellt. Zwei Gemeinden, Donnstetten und Schopfloch, werden wohl noch beitreten. Der Bau, der 1913 auf 740 000 M veranschlagt wurde, kam auf 9 Millionen M. Der Landtag bewilligte eine halbe Million Zuschuß, außerdem wurden 2,8 Millionen M Uebersteuerungszuschüsse gewährt. In dem neu erbauten Gebäude der Pumpstation im Seeburger Tal fand kürzlich die abschließende Sitzung statt, bei der seitens des Oberamtmann Abae und der Vertreter der Abgabegemeinden der Erbauer dieser und so mancher Abwasserreinigung, Oberbaurat Groß, Dank gesagt wurde. Im Juli soll noch eine Einweihungsfeier stattfinden. Die Bewohner der Uracher Alb sind glücklich, Quellwasser zu besitzen und nicht, wie in den letzten Monaten, wochenlang das Wasser in Milchkannen holen zu müssen.

### Stuttgarter Mietervereine.

(StG) Stuttgart, 29. Juni. Die Arbeitsgemeinschaft der Mietervereine Groß-Stuttgart hielt am Dienstagabend zwei Protokollversammlungen gegen die von der Stadtverwaltung geplante Mietzinserhöhung in städtischen Wohnungen. Die Versammlung im Dinkeladeraal nahm durch das Verhalten der zahlreich anwesenden Kommunisten eine überraschende Wendung. Die von Geschäftsführer Eder vom Verband der Mietervereine vorgelegte Entschließung wurde nach einem Bericht des Gemeinderats Fischer (Soz.) durch eine Entschließung aus der Mitte der Versammlung verdrängt. In dieser hierauf angenommenen Entschließung, die zweifellos von kommunistischer Seite stammt, wird die Beschlagnahme aller Wohnungen, Sozialisierung von Grund und Boden, zwangsweise Ausquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen, Rückführung von zu Bürozwecken verwendeten Wohnräumen zu Wohnzwecken, zwangsweise Anordnung der Reparatur und sofortige Inangriffnahme des Neubaus von ausreichenden Wohnungen

einen Brief, der mein Todesurteil ist, und das um deinetwillen, nur um deinetwillen!“

Benedicte vermochte nicht länger sich aufrecht zu erhalten, sie wankte zurück, sie ließ sich rückwärts auf das Lager fallen, das an der Wand ihres Zimmers stand, sie schlug die Hände vors Gesicht und begann bitterlich zu weinen.

„Sie sind ein böser, schonungsloser, grauamer Mann!“ sagte Widerich jetzt mit unterdrücktem Zorne. „Wären Sie wider mich und nicht gegen sie, die keine Schuld hat. Ihre wilden Vorwürfe machen die Sache nicht besser. Gehen Sie! Ich will nicht fliehen. Ich verlange, daß Sie mich mit Ihrer Tochter allein lassen. Ich verlange eine Unterredung mit ihr, ich will, ich verlange es — ich flehe Sie an darum. Wenn man kommt, mich gefangenzunehmen, so stellen Sie sich vor mich, nur eine Viertelstunde schätzen Sie mich, bis ich mit ihr geredet habe.“

„Sie sind ein Tor, wenn Sie nicht fliehen. Dort hinter jener Tür — der Schultze deutete mit zitternder Hand auf einen Ausgang im Hintergrunde von Benedictens Zimmer — führt eine Treppe hinauf — sehen Sie, wie Sie da weiter kommen!“

„Ich sag's Ihnen, ich will nicht. Gehen Sie, lassen Sie uns allein; nur kurze Zeit schätzen Sie mich hier vor dem Verhaftetwerden, das ist alles, was ich will!“

Er drängte den Schultze zurück, er schloß die Tür des Zimmers, er ergriff eine der Hände Benedictens, und sich neben sie lehnd, sagte er hastig: „Benedicte, hören Sie auf mich, die Augenblicke sind kostbar. Sie müssen sich ermannen, Sie müssen mir in kurzen Worten sagen, um was es sich handelt bei den Vorwürfen, die man Ihnen macht, dann kann ich handeln danach, dann, glaub' ich, kann ich den Frieden in dies Haus bringen und uns alle retten! Ich beschwöre Sie, sprechen Sie, vertrauen Sie mir, daß ich Ihnen solche Geständnisse nur entreihe, weil ich eben muß — ich muß alles, alles wissen, und Sie müssen reden — augenblicklich, es hängen Menschenleben davon ab!“

durch Gemeinde und Staat unter Kontrolle der Mieterämter, sofortige Schaffung kommunaler Regiebetriebe u. a. verlangt. Die Protokollversammlung im Schwabenbräu in Cannstatt nahm dagegen die vom Mieterverein vorgelegte Entschließung an, in der gegen die Absicht der Stadtverwaltung protestiert wird. Es sei nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, den Schrittmacher der Privatspekulation zu machen und die Mieten ins Unermeßliche zu steigern. Sie haben mustergültig und preisregulnd zu wirken, Mehrbelastungen gründlich nachzuprüfen und auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Die Mieterorganisationen seien in der Frage der Mietpreiserhöhungen zu hören und bis dahin die städtische Vorlage abzulehnen.

(StG) Stuttgart, 29. Juni. Das Schwurgericht verhandelte gegen den früher verantwortlich zeichnenden Redakteur des „Kommunist“, Richard Janus, wegen eines Artikels, in dem zum Klassenkampf aufgereizt und den Arbeiterräten die Pflicht der Bewaffnung des Proletariats vorgehalten wird. Buchdruckerbesitzer Häring soll ein Flugblatt hergestellt haben, in dem die Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft gefordert wurde. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf Vergehen gegen das Bewaffnungsgesetz und Herstellung unerlaubter Druckschriften. Das Gericht verurteilte Janus zu 3 Monaten Gefängnis, Häring zu 30 Mark Geldstrafe und Eingekerkelung der Schriften.

(StG) Freudenstadt, 29. Juni. Zu der Beschlagnahme von Wohnräumen in Kurorten erklärt das Stadt. Wohnungsamt, daß es auf solche Wohnräume, die bisher zu Kurzwecken verwendet wurden, und soweit der Besitzer diese Räume zum Lebensunterhalt nicht benötigt, nicht verzichten könne. Es sollen also Privatwohnungen, die bisher zu Kurzwecken verwendet wurden, deren Besitzer aber nicht auf ein Mehrereinkommen angewiesen sind, der Beschlagnahme unterliegen. Ein Mietpreisausfall sei nicht zu bezweifeln. Der Gemeinderat schloß sich dieser Auffassung des Wohnungsamtes an.

(StG) Heilbronn, 29. Juni. Für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl liegen folgende Bewerbungen vor: 1. Regierungsbaumeister Hermann Wehler, Inhaber eines wirtschaftstechnischen Instituts in Stuttgart; 2. Gemeinderat Wilhelm Schwan, Gewerkschaftsangehöriger; 3. Kassaassessor Dr. Erich Schmid, Heilbronn; 4. Amtsrichter Dr. Wilhelm Nieder, Heilbronn; 5. Oberbürgermeister Scherer, Tuttlingen.

(StG) Göggingen, 29. Juni. Seit Wochen treten hier die Feldmäuse in Massen auf. Der Schaden an den Getreidefeldern ist groß. Die wirksame Bekämpfung wurde zu spät angenommen, wird aber jetzt planmäßig durchgeführt. Am letzten Ablieferungstag wurden 40 000 Stück Feldmäuse abgeliefert.

### Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst.  
6. Sonntag n. Trin. 3. Juli 1921. Rom Turm: 8 Uhr Frühpredigt; Stadtpfarrverw. Josenhans; 9 1/2 Uhr Hauptpredigt; Predigtlied Nr. 487 „Geh aus mein Herz“; Stadtpfarrverweser Josenhans; 10 1/2 Uhr Sonntagsschule; 1 Uhr Christenlehre, Söhne, ältere Abteilung.  
Donnerstag, 7. Juli. 8 Uhr Bibelstunde Dekan Zeller.  
Katholischer Gottesdienst.  
Sonntag, den 3. Juli 1921. 8 Uhr Frühmesse, 10 1/2 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht.  
Montag, 4. Juli 1921. 8 Uhr Gottesdienst in Liebenzell.  
Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.  
Sonntag, den 3. Juli. 9 Uhr Predigt, Ulrich, 11 Uhr Sonntagsschule.  
Mittwoch, 8 1/2 Uhr Bibelstunde.  
Stammheim: 1 1/2 Uhr Gottesdienst. Mittwoch: 8 1/2 Uhr Bibelstunde Flöher.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

„D mein Gott, wie kann ich Ihnen das sagen, jetzt, jetzt das alles sagen!“

„Sie müssen es, Sie werden es, Benedicte, in wenigen kurzen Worten müssen Sie es; ermannen Sie sich, schöpfen Sie Hoffnung, raffen Sie Ihre Kraft zusammen!“

„Hoffnung, Hoffnung,“ rief Benedicte, ihm ihre Rechte entziehend und die Hände verzweiflungsvoll ringend, aus, „meine einzige Hoffnung ist der Tod — die einzige letzte Erlösung!“

„Und doch müssen Sie reden — reden auf der Stelle, Sie sind es sich, Ihrem Vater, sind es mir schuldig,“ drängte Widerich, fast zornig werdend.

„Ihnen, der solches Unglück in das Haus gebracht —“

„Um Gottes willen, machen nicht auch Sie mir diesen Vorwurf! Um Sie verdienen' ich ihn nicht, von Ihnen will ich ihn nicht hören. Was ich verschuldet, den' ich gutzumachen, nur muß ich es wissen, wie ich es kann! Die Augenblicke sind so kostbar; um des Himmels willen, bei allem, was Ihnen teuer ist, fleh' ich Sie an, sagen Sie mir zuerst, ist Ihre Mutter die Geliebte Duvignots?“

„Sie ist es!“

„Ihre Stiefmutter?“

„Ja.“

„Und was ist es mit dem Kinde, das, wie eben der Schultze ausrief, Sie entfernt haben sollen, Sie?“

„Es ist das Kind, der Sohn meiner Stiefmutter, der ihr geraubt wurde.“

„Weshalb kamen Sie in diesen Verdaß?“

„Weil ich, solange ich meines Vaters einzige Tochter war, mich auch als seine Erbin betrachten durfte, die Erbin seines großen Reichtums. Er heiratete — schon ein alter Mann — noch einmal, und meine Stiefmutter schenkte ihm einen Sohn. Von dem Augenblicke an war ich arm, meines Vaters ganzes Vermögen bestand in Lehngrund, es gehörte dem Sohne —“

„Weiter, weiter!“

(Fortsetzung folgt.)



**Städtische Lebensmittel-Versorgung.**  
Auf Lebensmittelmarke Nr. 242 kann Gries gekauft werden, 1 Anteil 200 Gramm.  
Auf Kranken-Lebensmittelmarke Nr. 55 Zwieback, 1 Anteil 3 Paket. Auf Nr. 56 Gries, 1 Anteil 250 Gramm.

**Finanzamt Hirsau.**  
Infolge Erkrankung des Ortssteuerbeamten  
**in Calw**  
werden bis auf weiteres  
**die Geschäftsstunden**  
**des Ortssteueramts**  
auf die Zeit von 2-5 1/2 Uhr nachmittags  
täglich beschränkt.  
Hirsau, den 30. Juni 1921.

**Hornberg.**  
**Das Beeren sammeln**  
auf hiesiger Markung  
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.  
Strenge Ueberwachung erfolgt.  
Gemeinderat.

**Paul Rächle, Calw.**  
Seldgrauer  
**Zeltbahnstoff**  
imprägniert Mk. 21.—

Calw, den 30. Juni 1921.  
**Todes-Anzeige.**  
Unsere liebe Mutter, Tante u. Verwandte  
**Marie Kohler**  
geb. Schwan, Weckmeisters-Witwe,  
ist nun heimgegangen.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Marie Hafner.**  
Die Beerdigung findet am Samstag, den 2. Juli  
um 4 Uhr vom Krankenhaus aus statt.

**Vergebung von Bauarbeiten.**  
Zu 7 Gebäuden in Unterreichenbach und Dennstätt  
in Calw sind die  
**Grab-, Beton-, Maurer-, Steinhauer-, Zimmer-,  
Schmied-, Fleischer-, Dachdecker-, Gipser-, Glaser-,  
Schreiner-, Schloffer- und Maler-Arbeiten;**  
eventl. auch  
**Bodenbeläge, Wandverkleidungen, Aborteinrich-  
tungen, Wasserzu- und Ableitungen**  
in Auftrag zu vergeben. Zeichnungen, Massenberechnungen  
und Bedingungen liegen von Donnerstag, den 30. Juni  
bis Samstag, den 2. Juli in der Wohnung des Herrn  
Dr. Geißler in Unterreichenbach zur Einsicht auf. Eben-  
dortselbst sind Angebote spätestens bis Montag, den 4. Juli,  
nachm. 6 Uhr, einzureichen.  
Der beauftragte Architekt:  
**Richard Gebhardt**  
B. d. A. und D. W. B.  
Stuttgart, Kronprinzstr. 20  
Fernsprecher 1620.

**Gröne's Hunde-Staube-Gift**  
sicheres Heilmittel gegen Staube. — Viele tausende Dank-  
schreiben. — Zu haben:  
**Seine Apotheke, Th. Hartmann, Calw.**

**Neue Fahrpläne für den Bezirk Calw**  
erhältlich das Stück zu 50 Pfennig  
in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Paul Rächle, Calw.**  
**Gute weiße Baumwolltücher,**  
für Leib- und Bettwäsche  
Mk. 9.50, 10.50, 12.— und 14.—  
nur haltbare Sorten.

**Dampfwalzbetrieb**  
Zwei Dampfstrahlenwalzen werden am Samstag, den  
2. Juli, die Staatsstraße von Leinach nach Calw be-  
fahren und daran anschließend bis etwa 7. Juli die Etter-  
straßen in Calw bearbeiten.  
Wenn die von den Walzen zu bearbeitende Straßen-  
strecke vorübergehend abgesehen ist, haben Reiter und  
Fuhrwerke vor den aufgestellten Schranken so lange anzu-  
halten, bis die Erlaubnis zum Durchgang gegeben wird.  
Calw, den 1. Juli 1921.

**Straßen- und Wasserbauamt**  
J. B. Seiger.

**Einzig dastehende Gewinnaussichten**  
bietet die neue, am 12. u. 13. Juli beginnende  
**Klassen-Lotterie**  
Hauptgewinn im günstigsten Fall Mark  
**1 1/2 Millionen**  
Hauptgewinne und Prämien Mark  
**750000**  
**500000**  
**300000**  
**200000**  
Jedes zweite Los gewinnt.  
1 Achtel 1 Viertel 1 Halbes 1 Ganzes Los  
Mk. 10.— Mk. 20.— Mk. 40.— Mk. 80.—  
© Porto 60 Pf. mehr. Zu beziehen durch  
**J. Schweickert, Welt-Lotterie-Stuttgart**  
Einkaufs- u. Verkaufsstelle, Marktstr. 6  
Telephon 1921. Postschektk. Stuttgart Nr. 8717.

**Der Halbjahrs-Wechsel**  
bringt einen gesteigerten Be-  
darf an Geschäfts-Papieren  
mit sich. Sie erhalten jede  
**Druckarbeit**  
von der einfachsten Besuchs-  
karte an bis zum feinsten  
Mehrfarben-Druck in der  
**A. Gelschläger'schen Buchdruckerei**  
Leiderstraße Nr. 151 **Calw** Fernsprech-Nummer 9.

**feuerio**  
**Doppelfettseife**  
80% Fett  
daher größte Ausgiebigkeit,  
das Beste für die Wäsche.  
**VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART**  
\* Zu haben in allen einschlägigen Geschäften \*

**Wo?**  
wäre einem Architekt Ge-  
legenheit geboten,  
**Architektur-  
Büro**  
zu kaufen, oder als  
Teilhhaber  
in solches einzutreten.  
Angebote an  
**Immobilien-Büro**  
J. Prof.  
Bad Leinach.

**Tapeten**  
in großer Auswahl auf Lager  
**Emil G. Widmaier.**  
Bahnhofstraße.  
Alle Hausfrauen  
kaufen Triumph-Möbel-Büro  
**Wunderschön**  
Stets staubfrei, prachtvolle  
Möbel.  
**Georg Pfeiffer, Calw;**  
**Fr. Lamparter, Calw;**  
**R. Otto Vinçon, Calw.**  
**Rinder-Liege-  
und Sig-Wagen**  
fast neu zu verkaufen  
**Frau Berta Martin,**  
Hirsau.

Heute Freitag, 1 Juli  
abends 8 Uhr  
**Turn-  
Versammlung.**

Montag, 4. Juli, 1/4 4 Uhr  
**P. K. m. Fr.**  
Calw (Hirsch)

**Die Gewinne**  
d. Pr.-Städt. Klassenlott.  
(V. Kl.) Nr. 172160, 186248  
228190 3000 Mk., Nr. 43342,  
176470, 177151 1000 Mk., Nr.  
174444, 176469, 189725 500  
Mk., 23 Gewinne zu 390 Mk.  
bitte ich abzuholen  
**Friseur Winz, Marktpl.**

Empfehle als  
**Sofa-, Bett-  
und Schreibtisch**  
**Borlagen:**  
**Belzelle,**  
**Angorafelle,**  
**Chinesische**  
**Ziegenfelle**  
in verschiedenen  
Größen und Farben  
**Emil G. Widmaier,**  
Bahnhofstraße.

**Bad Liebenzell.**  
Sonntag, den 3. Juli,  
nachmitt. 4-6 Uhr  
**Kurkonzert**  
in den Städt. Kuranlagen.  
Ausgeführt von der  
**Theaterkapelle Pforzheim.**

**Paul Rächle, Calw.**  
**Doppelbreiter**  
weißer **Damast**  
Mk. 30.—

**Der Musikverein Wilsberg**  
macht am Sonntag, 3. Juli, einen  
**Tanz-  
Ausflug**  
in das Gasth. z. „Hirsch“  
in Liebelsberg.  
Freunde und Gönner sind freundl. eingeladen.  
Der Vorstand.

Calw.  
Sonntag, den 3. Juli 1921, findet  
im Gasthaus zum „Schiff“  
**Hunde-Schau**  
statt. Es werden auch gleich  
Hunde geschoren und gestutzt.  
Mehrere Hundefreunde.

**Bienen-Schleuder-Röhrig**  
Hochfeine Qualität und garant. rein.  
2 1/2 Pfd.-Büchsen Mk. 30.—  
9 1/2 Pfd.-Büchsen franko Mk. 135.—  
Lieferung: Kasse nach Empfang u. Probe  
**Aug. Fr. Binder, Freudenstadt.**

**Paul Rächle, Calw.**  
**90 cm breiter Cheviot**  
reinvollener **Cheviot**  
in schwarz und farbig Mk. 32.—

Zu kaufen gesucht  
wird eine gebrauchte aber gut-  
erhaltene  
**Gitarre.**  
Gefl. Angebote mit Preis-  
angabe unt. N. N. 149, oder  
Näheres an die Geschäftsstelle  
dieses Blattes erbeten.

Einen fast neuen  
**Rüchenschrank**  
zu verkaufen. Zu erfragen  
in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Liebelsberg.  
Einen 14 Monate alten  
**Zucht-Farren**

(Gelschlag) für Dienst wird  
garantiert, setzt dem Verkauf  
aus.  
Witwe Schrotz.

Ordentliches  
**Mädchen**  
zu baldigem Eintritt  
sucht  
**Frau Heine, Kühl,**  
Garnhandlung Calw.

Eines besseres Ehepaar  
mit 1 Kind sucht in Sieben-  
od. Umgebung in nur gutem  
Hause großes, freundlich  
möbliertes Zimmer  
zu mieten. Gefl. Angebote  
mit Preis unter P. B. 189  
an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

**Haberstroh.**  
**Jakob Rathfelder,**  
Dittelsheim.

Eine gute  
**Ziege**  
mit Lunge verkauft  
**Gleberath, Holzhandl.**

Nr. 151.  
Ercheinungswiese:  
Nellman Nr. 2.—  
Zur Lag  
Annette für  
Cyprien, 1. Juli.  
nachfolgenden Auftruf an  
Die Interalliierte Kom-  
mission, das hohe  
Kommission, die Kräfte  
des deutschen Formati-  
on und am Abend des 5.  
Verordnung Oberstleutnant  
Händen der Interalliiert  
mäßig gebildeten Formi-  
genwelcher Art zuzieh  
eine Befähigung des  
den Kasseegegenstände w  
beschlossen, eine Annette  
wären, die mit einem P  
Annahme solcher Hand  
aus persönlicher Nachs  
wurden. Von dieser A  
schlossen, die nach einem  
besten Befehl einer S  
werden.  
In der Erwartung,  
sich diesem Akt der Wilt  
jeden Besuch der St  
erklären, fordert die Ju  
schleus auf, in Ruhe  
fest und Unparteilichkeit  
zuwarten, die gemäß  
werden soll.  
Der  
Der  
Die deutsche  
Annetteerlaß  
Berlin, 2. Juli. Di  
Annetteerlaß der Interall  
kist der Annetteerlaß  
samt-Banden verüben  
und zahlreicher Worte  
der Interalliierten Kom  
Annette ist ein Feitisch  
schleus.  
Laut „Berl. Lok.-An-  
hohen Deutschen gewa  
mäßig gebildete Formo  
schleus bleiben. Den 2.  
in Oberstleutnant Wasse  
würden korfant und  
bestimmen wissen, den S  
reorganisation der D  
Annte in sicheren Gew  
schäft sein werde.  
Fortbauer i  
Nobis, 1. Juli.  
in der letzten Nacht g  
und polnischen Injurie  
ten. Einzelheiten sel  
Nislowitz, 1. Juli.  
erlegten Kontribution  
Stadtkommandant an  
sich Kaufleute zu ein  
das das Geld zwangs  
Beamte der Kreislon  
geht werden dürfte.  
Berlin, 2. Juli. W  
hätigen die unerhörten  
fingerten bei ihrem N  
die Polen alles, was  
daran von den Franzos  
weiter gegen die bedrück  
ten. Fall in jedem D  
oberstleutnant Bewölker  
ganfamter Weise gefo  
Sindenburg, 1. Zu  
Sindenburg geht weite  
Stadtbahn nach Glei  
stelle durch die Injur  
hoben nach Injurgenen